

1 **Schaffen wir ein gutes Klima.**

2
3 **I. Politik mit klarem Kompass**

4
5 **1. Verantwortung übernehmen**

6
7 Als Anwalt für Generationengerechtigkeit sehen wir Freie Demokraten es als unsere Verantwor-
8 tung an, nachfolgenden Generationen einen intakten Planeten zu hinterlassen und deshalb
9 Umwelt und Natur vor irreversiblen Schäden zu bewahren. Eine zentrale Menschheitsaufgabe in
10 diesem Jahrhundert ist daher der Klimaschutz.

11
12 Die Herausforderung ist groß: Durch den gestiegenen Anteil an CO₂ und anderen Treibhausga-
13 sen wie zum Beispiel Methan oder Lachgas in der Luft ist die Durchschnittstemperatur auf der
14 Erde seit Beginn der Industrialisierung nach heutigen Erkenntnissen um 1°C gestiegen. Es gilt als
15 wissenschaftlich gesichert, dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe eine der wesentlichen
16 Hauptursachen des menschengemachten Klimawandels darstellt. Die Folgen des Klimawandels
17 können gravierend ausfallen. Im Pariser Klimaabkommen hat sich die Staatengemeinschaft
18 deshalb darauf verständigt, den Temperaturanstieg auf 1,5°C, maximal allerdings auf 2°C zu
19 beschränken und damit verbunden ab der Mitte dieses Jahrhunderts weitgehend treibhausgas-
20 neutral zu wirtschaften. Und dazu stehen wir Freie Demokraten: Die Pariser Klimaziele ver-
21 pflichten uns alle!

22
23 Diese Verpflichtung nehmen wir ernst. Gerade deshalb folgt daraus aus unserer Sicht die Ver-
24 antwortung, das klimapolitische Handeln auch konsequent und kontinuierlich auf seine Wirk-
25 samkeit zu überprüfen. Nicht die möglichst symbolhaften Maßnahmen oder die gute Absicht
26 dürfen Maßstab des politischen Handelns sein, sondern allein die wirksamste und effizienteste
27 Lösung. Deshalb setzen wir primär auf die bewährten Instrumente eines marktwirtschaftlichen
28 Rahmens, auf Innovation und Digitalisierung.

29
30 Marktwirtschaftlicher Rahmen bedeutet, dass der Ausstoß von Treibhausgasen für alle wirt-
31 schaftlichen Akteure, sowohl für Produzenten als auch für die Konsumenten, ein Posten in der
32 Kalkulation wird. Das hat drei Vorteile: Bei global verfügbaren alternativen Produktions- oder
33 Lieferttechnologien wird der Weg bevorzugt, der weniger Treibhausgase produziert – auch im
34 internationalen Wettbewerb. Treibhausgase werden damit dort vermieden, wo die Vermei-
35 dungskosten am geringsten sind. Zweitens wird der weltweite Innovationswettbewerb um die
36 besten technischen Wege angeregt, um Güter und Dienstleistungen möglichst treibhausgas-
37 neutral zur Verfügung zu stellen. Auch privat finanzierte Forschung und Entwicklung werden
38 dort Schwerpunkte setzen, wo konkrete Einsparungen der Emissionen erzielt werden können.
39 Drittens geht dieser marktwirtschaftliche Rahmen einher mit dem höchsten Maß an Souveräni-
40 tät der Konsumenten: Wenn Preissignale dazu führen, dass Produkte und Dienstleistungen mit
41 schlechter Treibhausgasbilanz teurer werden, entscheiden souveräne Konsumenten selbst, wie
42 sie ihr Verhalten ändern. Das ist freiheitlicher als die Alternative, bei der politische Institutionen
43 Sektorenziele definieren und anschließend mit regulierenden Einzelmaßnahmen (z. B. einem
44 Tempolimit) versuchen müssen, diese Einzelziele zu erreichen. Mit einem marktwirtschaftlichen
45 Rahmen finden wir daher den jeweils effizientesten und effektivsten Weg, um den Ausstoß von
46 Treibhausgasen zu reduzieren. So stellen wir sicher, dass wir künftigen Generationen eine öko-
47 logisch und ökonomisch intakte Welt hinterlassen.

48
49 Klar ist, dass Klimaschutz eine internationale Aufgabe bleibt. Und gerade international gilt: Der
50 effektivste Weg, die Treibhausgasemissionen zu senken, ist ein marktwirtschaftlicher Rahmen.
51 In der besten aller Welten würde Klimaschutz durch ein einziges, weltweites, alle Sektoren um-
52 fassendes Emissionshandelssystem erreicht. Auf dem Weg dahin müssen wir kluge, erreichbare
53 Zwischenschritte gehen, um wirksamen Klimaschutz zu unterstützen. Europa steht dabei in
54 einer besonderen Verantwortung. Zwar entfallen zum Beispiel auf Deutschland allein nur rund 2
55 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen. Richtig ist jedoch auch: Beim CO₂-Ausstoß pro

1 Kopf liegt Deutschland vor Staaten wie China oder Indien im weltweiten Vergleich auf Platz 16.
2 Die Transformation von fossilen Industriegesellschaften zur Treibhausgasneutralität wird ohne
3 Vorbilder nicht gehen – und hier ist Europa gefragt.

4
5 Diese Herausforderung ist für uns Freie Demokraten vor allem eine Chance: Zukunftsfähige
6 Technologien im Energiesektor, im Bereich Wohnen, bei der Mobilität, in der Landwirtschaft
7 und der Industrie, die den Klimaschutz wirksam voranbringen, leisten nicht nur einen großen
8 Beitrag zum Schutz unserer Lebensgrundlagen. Sie bieten vielmehr Chancen für Innovationen,
9 für die Modernisierung unseres Landes, für eine internationale Vorreiterrolle bei Umweltschutz
10 und Technologien. Gerade als Energie- und Industrieland kann Nordrhein-Westfalen ein Vorbild
11 sein. Wir setzen auf Innovationen für das Klima – und deshalb auf ein Klima für Innovationen.

12 13 14 **2. Prioritäten setzen**

15
16 Wenn wir unser Klima erfolgreich schützen wollen, dann brauchen wir den Mut zu klaren Priori-
17 tätäten – auch das ist Verantwortungsethik. Drei aktuelle Debatten zeigen das beispielhaft. Etwa
18 im Bereich Mobilität: Wollen wir unsere Klimaschutzverpflichtungen einhalten und auch hier
19 prioritär den Ausstoß von CO₂ senken, müssen wir die Technologien nutzen, die auf diesem Weg
20 helfen. Wenn aber trotz kontinuierlich besserer Luftqualität politisch gewollt gleichzeitig genau
21 diese Technologien zum Beispiel durch Diesel-Fahrverbote zurückgedrängt werden, zeigt sich,
22 wie dringend eine klare Prioritätensetzung ist.

23
24 Dies ist auch notwendig, wenn etwa die Energiewende gelingen soll: Wer politisch mehr rege-
25 nerativ erzeugten Strom fordert und zugleich vor Ort gegen neue Stromtrassen oder Pumpspei-
26 cherwerke protestiert, der handelt unehrlich. Wir werden alle auch einmal *für* etwas sein müs-
27 sen, wenn die Aufgabe gelingen soll. Deutschland ist das einzige Industrieland der Welt, das
28 gleichzeitig sowohl aus der Kernenergie aussteigen will, als auch durch die aktuelle Koalition in
29 Berlin einen politisch festgelegten Ausstiegszeitpunkt für den Kohlestrom beschlossen hat. Ge-
30 lingt diese Transformation erfolgreich, wird ein weltweites Vorbild geschaffen. Gelingt diese
31 Transformation aber nicht oder nur zum Preis erheblicher Wohlstandseinbußen, wird dies
32 weltweit vielen politischen Entscheidern als schlechtes und warnendes Beispiel dienen. Daher
33 müssen nun mit Priorität die technischen Herausforderungen angegangen und der Erfolg der
34 Bemühungen nicht nur am reduzierten Treibhausgasausstoß gemessen werden, sondern auch
35 am Erfolg dieser Transformation bei gleichzeitiger Beibehaltung des Wohlstandsniveaus und der
36 industriellen Basis.

37
38 Schließlich ist auch der vom Bundesumweltministerium vorgelegte Entwurf für ein Klimaschutz-
39 gesetz ein Irrweg: Wer Verantwortung für das Klima kleinteilig in die Ressorts der Bundesregie-
40 rung wegdelegiert, wird weder seiner nationalen noch seiner internationalen Verantwortung
41 gerecht. So wird wirksamer Klimaschutz nicht gelingen und so wird Deutschland keine gute
42 Vorbildrolle in der Welt einnehmen. Wir müssen die bisherige Klimapolitik nicht noch planwirt-
43 schaftlicher fortsetzen, sondern korrigieren, da sie bisher zu sehr hohen Kosten sehr bescheide-
44 ne Ergebnisse bringt.

45 46 47 **3. Wahrhaftig bleiben**

48
49 Nur eine ehrliche Klimaschutzpolitik kann erfolgreich sein. Natürlich betreffen Maßnahmen zum
50 Klimaschutz auch den individuellen Lebenswandel, insbesondere dann, wenn beispielsweise die
51 CO₂-Bepreisung dazu führt, dass einzelne Konsumgüter, Mobilitäts- oder Dienstleistungen teu-
52 rer werden. Aber für uns Freie Demokraten ist klar: Die Maßnahmen müssen kompatibel mit
53 dem modernen Leben sein und dem Leitbild der Innovation, nicht dem Leitbild des Verzichts
54 folgen – andernfalls wird es keine weltweite Akzeptanz und kein global getragenes Vorgehen
55 gegen den Klimawandel geben.

1
2 Ein Beispiel: Unsere heutige, sich global immer weiter vernetzende Welt mit all den darin lie-
3 genden Chancen ist nicht denkbar ohne Langstreckenflüge. Auch wenn durch neue Kommunika-
4 tionsmöglichkeiten manche Geschäftsreise bestenfalls unnötig wird, wird mit dem weltweiten
5 Wachsen der Mittelschicht der Flugverkehr unzweifelhaft weiter zunehmen. Auch Europa ist
6 durch Flugreisen gerade in der jungen Generation schon heute noch enger zusammengewach-
7 sen. Für unseren Kontinent ist das eine großartige Chance, ohne welche auch die langdiskutierte
8 europäische Öffentlichkeit undenkbar wäre. Wer das moderne Leben will, der muss sich daher
9 ehrlich zum Flugverkehr bekennen, statt Debatten über persönliche Flugbudgets zu führen. Im
10 konkreten Beispiel heißt das: Nicht das Fliegen verbieten oder moralisch diskreditieren, sondern
11 einen Innovationsimpuls zu setzen, um auf einen technischen Stand zu kommen, in dem Fliegen
12 mit geringerer und irgendwann ohne Klimabelastung möglich wird.

13
14 Um einen mit dem modernen Leben kompatiblen Klimaschutz zu erreichen, setzen wir daher
15 auf technologischen Fortschritt und Innovation. Diese optimistische Grundhaltung ist kein heh-
16 rer Wunsch, sondern reale Perspektive: Deutschland ist heute industriell und technologisch viel
17 weiterentwickelt als vor einigen Jahrzehnten – und gleichzeitig sind Luft und Flüsse sauberer
18 und Wälder und Natur gesünder als damals. Wir müssen daher auch heute den Rahmen so
19 setzen, dass technologische und unternehmerische Innovation die weltweiten Grenzen für
20 Wachstum und Entwicklung weiter verschieben und diese nicht weiter auf CO₂-Emissionen
21 angewiesen sind. Aus den „Grenzen des Wachstums“, die 1972 der Club of Rome propagiert
22 hat, werden so „Leitplanken des Wachstums“, die Wohlstand, Mobilität und industrielle Pro-
23 duktion nachhaltig ermöglichen. Ratgeber darf nicht Verlustangst sein – Ideengeber muss der
24 Mut zur Lösung werden.

25 26 27 **II. Politik mit guten Argumenten**

28 29 **1. Klimaschutz sektorübergreifend und marktwirtschaftlich durch Emissionshandel**

30
31 Die Freien Demokraten stehen zur gemeinsamen Verantwortung für den Klimaschutz. Wir wol-
32 len dieses Ziel deswegen in unserer Verfassung verankern und schlagen die Ergänzung eines
33 neuen Artikels 20 b im Grundgesetz mit folgendem Wortlaut vor:

34 *„Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich in ihrem Handeln dafür ein, die Menschheit im Bunde*
35 *mit den Völkern der Erde und in Wahrnehmung der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Ver-*
36 *antwortung innerhalb der internationalen Gemeinschaft wirksam vor den Folgen des Klimawan-*
37 *dels zu schützen.“*

38
39 Klimaschutz ist weit mehr als Kohleausstieg. Wer die Debatte darauf und auf das „wann“ ver-
40 engt, handelt kurzsichtig. Denn wenn wir das Klima wirklich schützen wollen, muss die Frage
41 nach dem „wie“ gestellt werden – und dann brauchen wir einen sektorübergreifenden und
42 einen internationalen Ansatz. Dafür gibt es einen Weg: Treibhausgase brauchen einen markt-
43 wirtschaftlich definierten Preis – über alle Sektoren hinweg. Und über Grenzen hinweg.

44
45 Deswegen fordern wir:

- 46 • Eine Ausweitung des Emissionshandels – jenseits von Energie und Industrie durch die Ein-
47 beziehung der Bereiche Verkehr, Wärme und Landwirtschaft.
- 48 • Einen Ausbau des Europäischen Emissionshandels in der nächsten Wahlperiode des Europä-
49 ischen Parlamentes. Unser Ziel: in einem ersten Schritt einen europaweit einheitlichen sek-
50 torübergreifenden Emissionshandel erreichen; in einem zweiten Schritt weitere Staaten der
51 G20-Gruppe einbeziehen; im letzten Schritt den weltweiten Emissionshandel erreichen.
- 52 • Bestehende Systeme verbinden: Schon jetzt existieren international über 60 Emissionshan-
53 delssysteme. Diese Grundlagen müssen wir nutzen, um das Ziel eines einheitlichen Systems
54 voranzubringen. Wir wollen diese bestehenden Systeme durch die gegenseitige Anerken-
55 nung von Zertifikaten miteinander verknüpfen. Ein Ansatz dazu könnte die Blockchain-

72. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen am 06./07. April 2019 in Duisburg

- 1 Technologie sein. Wir setzen uns dafür ein, die Stärken des Forschungs- und Innovations-
2 standorts NRW zu nutzen, um in diesem Bereich nach international tragfähigen Lösungen
3 zu suchen – beispielsweise durch einen mit den notwendigen Mitteln ausgestatteten Son-
4 derforschungsbereich hierzu. Denn das wäre ein echter Beitrag zum weltweiten Klima-
5 schutz – made in NRW.
- 6 • Deutschland zum Vorreiter machen. Deswegen brauchen wir einen klimapolitischen Neu-
7 start. Denn neben dem europäischen Emissionshandelssystem gibt es immer neue Einzel-
8 maßnahmen und -förderungen, die nicht nur ineffizient sind, sondern sich teilweise sogar
9 zuwiderlaufen. Das wollen wir ändern. Statt Kleinteiligkeit brauchen wir einen großen Wurf:
10 Statt eines Klimaschutzgesetzes, das sektorspezifische Ziele definiert, brauchen wir einen
11 Impuls, der alle Sektoren technologie-neutral verbindet.
 - 12 • Einbeziehung des Verkehrs zunächst national in den Emissionshandel in Deutschland bis
13 Ende 2019. Der Wärmesektor muss nach unserer Auffassung ebenfalls schnellstmöglich
14 einbezogen werden. Beides muss durch Deutschland auch in der EU vorangetrieben wer-
15 den – ebenso wie die Einbeziehung der Emissionen aus Land- und Forstwirtschaft.
 - 16 • Ein unkompliziertes System bei der Ausweitung des Emissionshandels. Das heißt: In den
17 Sektoren Verkehr und Wärme müssen nicht sämtliche Kleinemittenten in das System ein-
18 bezogen werden. Wir wollen diejenigen, die Kraft- und Brennstoffe auf der ersten Handels-
19 stufe erstmals auf dem Markt bereitstellen, also Raffineriebetreiber oder Brennstoffimpor-
20 teure, einbeziehen und setzen deswegen auf ein sogenanntes Upstream-
21 Emissionshandelssystem. Es ist dann davon auszugehen, dass die anfallenden Kosten in die
22 Preise von Produkten und Dienstleistungen eingehen – verursachergerecht.
 - 23 • Die Preisveränderungen durch den Zertifikatehandel dürfen nicht zu einer Ausweitung
24 öffentlicher Haushalte und zur Mehrbelastung der Verbraucher führen. Dazu wollen wir die
25 Einnahmen aus dem ausgeweiteten Emissionshandel nutzen, um andere Steuern und Ab-
26 gaben auf Energie wie die Energiesteuer, die EEG-Abgabe und die Netzentgelte zu senken.
27 Dadurch ist sicherzustellen, dass Klimaschutz nicht zu einer sozialen Frage wird und insbe-
28 sondere diejenigen nicht zusätzlich belastet, die tagtäglich hart arbeiten.
 - 29 • Möglichkeiten des Geo-Engineerings nutzen. Chancen neuer Technologien, die in das weite
30 Feld des Geo-Engineerings gehören, wollen wir ergreifen. Denn zur Erreichung der Klimazie-
31 le tragen auch solche Verfahren bei, durch die CO₂ der Atmosphäre direkt entzogen wird.
32 Dabei sollte insbesondere die Forschung und Entwicklung von CO₂-Entnahmetechnologien
33 in den Fokus genommen werden, um die Potenziale der technischen CO₂-Speicherung voll-
34 umfänglich zu nutzen. Dies würde den Weg für eine technologieoffene und komplementäre
35 Klimaschutzstrategie ebnen. Neben dem Einsatz neuer Technologien sind hier auch organi-
36 sche Maßnahmen ein zielführendes Instrument – etwa Aufforstungen oder die Aufzucht
37 größerer Mengen Algen durch Düngung. Ebenso kann die Kombination von Gentechnik und
38 Biotechnologie hier Antworten liefern, die über eine reine Speicherung von CO₂ hinausge-
39 hen und eine Bindung in Kraftstoffe wie Methanol oder Methan ermöglichen.
 - 40 • Die Anrechnung von Maßnahmen in anderen Staaten für das nationale Treibhausgas-
41 Budget. Dadurch werden weltweit die kostengünstigsten Wege zur Minderung der CO₂-
42 Emissionen bzw. zum Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre gesucht. Durch dieses Vorgehen
43 wird nicht nur der günstigste Weg zum Klimaschutz bestritten, er ist zugleich ein Mecha-
44 nismus zur Unterstützung von wirtschaftlicher Entwicklung zum Beispiel in Afrika. Anstren-
45 gungen zum Klimaschutz können grundsätzlich dazu beitragen, Klimaveränderungen als
46 Fluchtgrund entgegenzuwirken. Wir sprechen uns deswegen dafür aus, die „Clean Develop-
47 ment Mechanismen“ (CDM) innerhalb der EU – anders als bisher geplant – über das Jahr
48 2020 hinaus zumindest im Grundsatz und mit einzelnen Verbesserungen zu erhalten.
 - 49 • Klima- und Entwicklungspolitik verbinden. Eine realistische Chance zur Einhaltung des
50 1,5°C -Ziels weltweit haben wir nur, wenn wir Klimapolitik auch global denken. Deshalb
51 wollen wir die Nutzung neuester Technologien und Erkenntnisse im Bereich der CO₂-
52 Minderung und -Entnahme zum festen Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammen-
53 arbeit insbesondere in den aufstrebenden und von Wachstum geprägten Entwicklungs- und
54 Schwellenländern machen. Hier liegen vielfach noch ungenutzte Potenziale, die weltweit

1 weitaus mehr zur CO₂-Reduktion beitragen können und zugleich Entwicklungschancen für
2 die jeweiligen Regionen bieten.

3 4 **2. Innovationen in allen Sektoren**

5 6 **Stromerzeugung**

7
8 Nordrhein-Westfalen ist Industrie- und Energieland Nr. 1. Hier wird nicht nur der meiste Strom
9 erzeugt, sondern auch industriell veredelt. Wir Freie Demokraten wollen, dass das so bleibt.
10 Unser Ziel ist deswegen, dass NRW Technologieführer für die Energiewirtschaft von morgen
11 wird. Insbesondere den beschleunigten Strukturwandel im Rheinischen Revier wollen wir als
12 Chance dafür nutzen, die Region zum Vorreiter zu machen.

13
14 Die Energiewirtschaft hat bisher bereits einen wesentlichen Beitrag zum Abbau von
15 CO₂-Emissionen geleistet. Die große Koalition im Bund hat dennoch politisch entschieden, für
16 den Ausstieg aus der Kohleverstromung einen konkreten Zeitpunkt festzusetzen und nicht der
17 steuernden Wirkung des Emissionshandels zu überlassen. Die daran anknüpfend eingesetzte
18 Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (WSB) hat die NRW-Koalition
19 unter maßgeblichem Einfluss von Wirtschafts- und Energieminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
20 dafür genutzt, die mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung ver-
21 bundenen erheblichen Herausforderungen mit neuen Chancen für unser Land zu verknüpfen.
22 Durch den von den Spitzen der deutschen Industrie, der Energiewirtschaft, der Gewerkschaften
23 und der Umweltverbände unter Mitwirkung der Bundesregierung, der betroffenen Länder so-
24 wie der entsandten Mitglieder des Deutschen Bundestages getroffenen WSB-K-Beschluss wird
25 angestrebt, dass der Energiesektor einen überproportionalen Anteil am Abbau von CO₂-
26 Emissionen leistet und die geringere Senkung energiebedingter Emissionen anderer Sektoren
27 überkompensiert.

28
29 Der nun eingeschlagene Pfad sowie der von den Freien Demokraten eingeforderte energiepoli-
30 tische Dreiklang aus Umweltfreundlichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit und die
31 Umsetzung der damit verbundenen Innovations- und Fortschrittspotenziale für Nordrhein-
32 Westfalen und Deutschland erfordern, Maßnahmen insbesondere für die Versorgungssicherheit
33 und zur Gestaltung des Strukturwandels auch umzusetzen. Zudem müssen die Weichen für ein
34 zukunftsfähiges Energiesystem gestellt werden, auch um mehr und effizienteren Klimaschutz zu
35 erreichen. Essenziell für das Industrieland NRW ist die Versorgungssicherheit, also die Verfüg-
36 barkeit von Strom in ausreichender Menge zu jedem Zeitpunkt. Dies ist die herausragende Her-
37 ausforderung. Dafür stehen insbesondere intelligente Netze, innovative Flexibilitäts- und Spei-
38 chertechnologien, die Kopplung verschiedener Sektoren sowie erneuerbare Energien im Fokus.

39
40 Konkret setzen wir uns dafür ein:

- 41 • Wir brauchen einen Markt für Versorgungssicherheit. Das Ziel des EEG mit fester Vergütung
42 zu jeder Uhrzeit und einem Einspeisevorrang war die Markteinführung der erneuerbaren
43 Energien. Diese Kombination aus fester Vergütung und Einspeisevorrang muss jetzt für
44 neue Anlagen beendet werden. Die staatlichen Regulierungen und Maßnahmen dürfen
45 nicht mehr die installierte Leistung fördern, sondern nur noch die gesicherte, regenerative
46 Leistung. Zu gesicherter Leistung können sowohl Speichertechnologien beitragen als auch
47 Lastmanagementmaßnahmen mit Stromverbrauchern.
- 48 • Eine zügige Umsetzung von Entfesselungsmaßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung
49 von Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- 50 • Ein rechtzeitiger Um- und Ausbau der Energienetze: Eine wesentliche Bedingung für das
51 Gelingen des Umbaus unseres Energiesystems mit vorzeitigem Ausstieg aus der Kohlever-
52 stromung, der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien (auf 65%) bis 2030 und
53 mit einem europäischen Strommarkt sind leistungsfähige Netze. Der zusätzliche Ausbaube-
54 darf muss schnellstens transparent gemacht, beschlossen und zügig umgesetzt sowie mit
55 einem verbindlichen Monitoring versehen werden. Es ist zudem zu prüfen, inwieweit der

72. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 06./07. April 2019 in Duisburg

- 1 Netzausbau auch Möglichkeiten bietet, den Ausbau der digitalen Infrastruktur voranzutrei-
2 ben.
- 3 • Die schnellstmögliche Einrichtung eines risikobasierten Stresstests zur Versorgungssicher-
4 heit zum Ausschluss einer Deckungslücke im Verhältnis von gesicherter Leistung und Spit-
5 zenlast in Deutschland.
 - 6 • Eine Reduzierung der Netzentgelte, eine Senkung der Stromsteuer und Einsatz für die Mög-
7 lichkeit der Abschaffung auf europäischer Ebene sowie eine verlässliche Fortführung und
8 Weiterentwicklung der Strompreiskompensation für die energieintensive Industrie: Die
9 vorzeitige Herausnahme von Kohlekraftwerken aus dem Markt und ihr Ersatz durch Gas-
10 kraftwerke sowie volatile erneuerbare Energie werden zu Erhöhungen der Börsenstrom-
11 preise führen. Wirtschaft und Verbraucher müssen daher entlastet werden.
 - 12 • Ein Ausbau der Gaskraft-Infrastruktur und Umbau von KWK-basierten Kohlekraftwerken zu
13 Gaskraftwerken mit der Fähigkeit zur Nutzung synthetischen Gases, um insbesondere die
14 Versorgungssicherheit zu erhalten, sowie Anreize für den Einsatz von Power-to-Gas-
15 Verfahren.
 - 16 • Die Erforschung und den Ausbau von Flexibilitäts- und Speichertechnologien voranzutrei-
17 ben. Um den unterschiedlichen Anforderungen des zukünftigen Energiesystems gerecht
18 werden und Energiespitzen nutzen zu können, sind sowohl leistungsfähige Batterie- und
19 Pumpspeicher als auch chemische Energiespeicher insbesondere für längere Zeiträume
20 notwendig.
 - 21 • Investitionen in Infrastrukturen und Innovationen in den vom Strukturwandel betroffenen
22 Regionen zur wachstums- und beschäftigungsfördernden Gestaltung des Strukturwandels.
 - 23 • Investitionen in Infrastrukturen und Innovationen zur Stärkung und Weiterentwicklung des
24 Energiestandortes NRW. Dazu gehören:
 - 25 ○ Aufbau eines Reallabors „Wärmespeicher-Kraftwerk Store to Power“ – ein Flüssig-
26 salz-Wärmespeicher, der bis zu einem Gigawatt Wärme speichern soll, in Zeiten
27 der Dunkelflaute „schwarzstartfähig“ sein wird und als Back-up im Energiesystem
28 dienen kann.
 - 29 ○ Auf- und Ausbau einer Batteriezellenproduktion in Nordrhein-Westfalen unter an-
30 derem mit Blick auf den Bedarf von Elektro-Fahrzeugherstellern wie Streetscooter,
31 e.Go und künftig auch Ford.
 - 32 ○ Weiterentwicklung der Technologie der Hochtemperatur-Wärmepumpen.
 - 33 ○ Aufbau einer „Zukunftsinitiative Kohlenstoff NRW“ zur Entwicklung von Produkten
34 auf Kohlenstoffbasis, die als „CO₂-Senken“ die Treibhausgas-Bilanz verbessern und
35 neue Geschäftsfelder eröffnen.
 - 36 • Dezentrale urbane Energielösungen zur Energieversorgung – also eine intelligente, durch
37 Smart Grids und leistungsfähige Verteilnetzbetreiber getragene Kombination von Photovol-
38 taik, Blockheizkraftwerken, Fernwärmestrukturen, Batteriespeichern und Mobilitätskon-
39 zepten auf Basis von Elektromobilität. Das bedeutet auch, gute Rahmenbedingungen für
40 erneuerbare Energie zu schaffen. So setzen wir uns für die Weiterentwicklung des Interna-
41 tionalen Geothermiezentrums Bochum zu einem Fraunhofer-Institut für Geothermie mit
42 einem zweiten Sitz im Rheinischen Revier ein. Wir wollen die Möglichkeiten zum Ausbau
43 der Photovoltaik auf Dach- und Wasserflächen, auf denkmalgeschützten Gebäuden sowie
44 auf öffentlichen Gebäuden, landeseigenen Liegenschaften, an Straßen und Schifffahrtsweg-
45 en ebenso wie die Möglichkeiten zum Ausbau und zur Modernisierung der Kraft-Wärme-
46 Kopplung in Nordrhein-Westfalen erheblich besser nutzen. Hinzukommt das Potenzial
47 durch Repowering bestehender Windkraftanlagen.
 - 48 • Nutzung digitaler Lösungen wie beispielsweise Blockchain-Anwendungen für die Energie-
49 wende, etwa im Bereich von Smart Grids, Sektorkopplung und dezentralen Quartierskon-
50 zepten.
 - 51 • Wirtschaftliche Anreize für verstärkten, auch großtechnischen Einsatz von Power-to-X-
52 Verfahren. Anwender dieser Verfahren sollen zukünftig nicht mehr als Endverbraucher im
53 Sinne des EEG gelten.

1 Der Energiemarkt ist einer der am schlechtesten entwickelten Binnenmärkte in der EU. Zur
2 Etablierung eines gemeinsamen Marktes müssen Maßnahmen zur Harmonisierung der ver-
3 schiedenen Märkte ergriffen werden.

4 5 **Industrie**

6
7 Innovative Startups, Forscher und Entwickler in Unternehmen, Universitäten und Forschungs-
8 einrichtungen gehören zu den Treibern neuer Lösungen in den Bereichen Energie und Klima-
9 schutz. Um Impulsgeber in Deutschland und Europa zu sein, wird es darauf ankommen, dass die
10 klein- und mittelständischen Unternehmen im Land und die großen Betriebe, das Handwerk
11 ebenso wie die Industrie von den neuen Märkten im Klimaschutz profitieren. Als wirtschaftli-
12 ches Rückgrat unseres Landes kommt der energieintensiven Industrie dabei eine zentrale Rolle
13 zu. Sie braucht im Klimaschutz faire internationale Wettbewerbsbedingungen, auf deren Basis
14 sie ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation, Investitionen, Qualität und Zuverlässigkeit
15 erhalten und stärken kann. Schlüssel für eine umweltfreundliche und mittelfristig treibhausgas-
16 neutrale Produktion sind Technologien, die wir zum Teil noch gar nicht kennen, und innovative
17 Verfahren. Ein ambitionierter Klimaschutz, der zugleich zu unseren Unternehmen passt, ist eine
18 Chance für die Industrie in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland.

19
20 Deshalb schlagen die Freien Demokraten unter anderem vor:

- 21 • Die gezielte Förderung von „Low Carbon-Technologien“ in der Industrie. Ein Anknüpfungspunkt ist die durch das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
22 initiierte Initiative IN4climate.NRW. Gemeinsam mit Industrieunternehmen und Wissen-
23 schaft wird an neuen Zukunftschancen und Wegen für eine treibhausgasneutrale Produkti-
24 on und die Herstellung klimafreundlicher Produkte gearbeitet. Denn neue Produktionspro-
25 zesse, durch die weniger Treibhausgase entstehen, können – auch vor dem Hintergrund
26 steigender Preise für Emissionszertifikate – zu einem wichtigen Schlüssel für eine auch in
27 Zukunft wettbewerbsfähige Industrie in unserem Land werden. Die Erreichung der Pariser
28 Klimaschutzziele kann so mit der Stärkung der mit der Industrie verbundenen Wertschöp-
29 fungsketten und Arbeitsplätze in Einklang gebracht werden. Die Freien Demokraten spre-
30 chen sich dafür aus, diese Initiative weiter zu stärken, auszuweiten und mit den dafür not-
31 wendigen finanziellen Mitteln zu hinterlegen.
- 32 • Die Unterstützung von Initiativen zur Umstellung auf eine treibhausgasneutrale Produktion
33 nach dem Vorbild NRW auch auf Bundesebene – beispielsweise mit Hilfe der Einnahmen
34 aus dem erweiterten Emissionshandel. Neben Möglichkeiten zur CO₂-Vermeidung müssen
35 auch Maßnahmen und Methoden zur CO₂-Nutzung und zur CO₂-Speicherung in den Blick
36 genommen werden. Schon jetzt gibt es verschiedene Möglichkeiten, CO₂ als Rohstoff zu
37 nutzen. So lässt sich überschüssige erneuerbare Energie in Wasserstoff umwandeln und mit
38 abgetrenntem CO₂ verbinden, um treibhausgasneutrale synthetische Kraftstoffe zu gewin-
39 nen. Ebenso kann reines CO₂ zur Herstellung chemischer Wertstoffe verwendet werden –
40 sogenannte „carbon to chem“-Verfahren. Darüber hinaus stellen auch biotechnologische
41 Verfahren, die gentechnisch veränderte Organismen einbeziehen, sowie Verfahren der
42 Grünen Gentechnik eine Chance dar, um CO₂ und andere Treibhausgase in nutzbare, che-
43 mische Verbindungen zu überführen.
- 44 • Eine Stärkung der Energieforschung. Fortschritte in jüngerer Vergangenheit zeigen, dass
45 Wirtschaftswachstum bei sinkendem Energieverbrauch möglich ist. Das drückt sich auch in
46 der wachsenden Zahl von Neueintritten in den Markt – darunter viele Startups – aus. Hier
47 müssen die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden, damit diese Dynamik erhalten
48 bleibt.
- 49 • Die Aufnahme von IT-Infrastrukturen in das Regime zur Entlastung energieintensiver In-
50 dustrien. Denn IT-Netze und -Knotenpunkte sind kritische und energieintensive Infrastruk-
51 turen. Aus digital-, sicherheits- und energiepolitischer Sicht müssen diese sicher, verlässlich
52 und wettbewerbsfähig in Deutschland betrieben werden können.

54 55 **Verkehr**

72. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 06./07. April 2019 in Duisburg

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und eine Grundvoraussetzung für Wohlstand, Fortschritt und eine moderne Gesellschaft. Die Mobilität der Zukunft muss leistungsfähiger, umweltfreundlicher und bequemer werden. Durch neue Ideen, Innovationen und Investitionen lassen sich diese Ansprüche verbinden. Fahrverbote dagegen schränken Mobilität ein, ohne zukunftsfähige Lösungen voranzubringen.

Insgesamt entfallen 22 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen auf den Verkehrsbereich. Die Einbeziehung des Sektors in den Zertifikatehandel ist eine ökologisch schlagkräftige und ökonomisch effiziente Maßnahme zur Senkung dieser Emissionen. 75 Prozent der CO₂-Emissionen im Mobilitätssektor entfallen auf den Personenverkehr, 80 Prozent davon auf den motorisierten Individualverkehr. Der CO₂-Zertifikatehandel wird deshalb nicht zuletzt im Bereich des motorisierten Individualverkehrs wirken. Gleichzeitig darf individuelle Mobilität nicht zum Luxusgut werden.

Die Ansprüche an individuelle Mobilität hängen dabei insbesondere auch vom Lebensumfeld ab. Wer eine gute Mischung aus Öffentlichem Personennahverkehr und Sharing-Angeboten insbesondere im städtischen Bereich nutzen kann, der verzichtet schon heute oft auf ein eigenes Auto. Das funktioniert aber nicht für jeden und überall, gerade im ländlichen Raum nicht. Umso wichtiger ist es, dass der CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge geringer wird. Welche Antriebstechnologie dazu führen wird, ist heute keineswegs entschieden. Deswegen setzen wir hier auf Technologieoffenheit.

Wie nie zuvor bieten die Digitalisierung und neue Technologien im Mobilitätsbereich die Chance, sowohl den individuellen und öffentlichen Personenverkehr, als auch Güterverkehre über neue Angebote künftig effizienter und umweltfreundlicher abzuwickeln. Daher setzen die Freien Demokraten auf eine intensive Unterstützung der Entwicklung und Anwendung von Projekten und Angeboten im Rahmen der neuen Mobilität.

Neben der Einbeziehung des Sektors Verkehr in den Emissionshandel schlagen die Freien Demokraten weitere Maßnahmen vor:

- Nordrhein-Westfalen ist der größte urbane Raum Europas mit einer ganzen Reihe von Zentren und umliegenden ländlichen Räumen. Hier können Technologien ausprobiert und marktreif gemacht werden, die weltweit Nachfrage finden werden. Die Bewerbung um die olympischen Sommerspiele 2032, die Rhein Ruhr Olympic City-Initiative, die die Freien Demokraten unterstützen, soll zum Anlass genommen werden, neue Mobilitätstechnologien zur Anwendung zu bringen. Innovative Verkehrsträger und -systeme sollen erforscht, erprobt und nutzbar gemacht werden. Smart Cities werden vor allem geprägt sein durch smarte Mobilität. Autonomes und vernetztes Fahren, Verknüpfung von individuellem und schienengebundenem Verkehr mit Sharing-Angeboten für E-Fahrräder, E-Autos, E-Rollern sind nicht nur zukünftig weltweit nachgefragte Technologien, sondern auch ein wesentlicher Fortschritt zum Klimaschutz. Das Steuerrecht sollte daraufhin überprüft werden, wie es stärker Anreize zu moderner Mobilität setzen kann.
- Wir wollen technische Innovationen im Flugverkehr voranbringen. Durch die Ausweitung des Emissionshandels im Flugverkehr wird der Impuls für eine Weiterentwicklung zum Beispiel von synthetischen Kraftstoffen, elektrischen Turbinen oder einer verbesserten Leichtbauweise durch entsprechende internationale Preissignale verstärkt. Ergänzend schlagen wir eine bestenfalls europäische, in jedem Fall aber nationale „Innovationsplattform emissionsfreies Fliegen“ vor. Sie soll – dem Vorbild erfolgreicher Initiativen wie in4climate aus dem Sektor Industrie folgend und beispielsweise angebunden an eine Agentur für Sprunginnovationen – die unternehmerischen und wissenschaftlichen Akteure auf diesem Feld zusammenbringen. Ziel muss sein, dass die Zukunftstechnologien, die Fliegen im Regelbetrieb über verschiedenste Distanzen ohne Treibhausgasemissionen möglich machen, aus Europa kommen.

72. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 06./07. April 2019 in Duisburg

- 1 • Mit einem hervorragenden öffentlichen Personenverkehr eine gute Alternative schaffen. In
2 einem ersten Schritt wollen wir die Einführung eines „Digitalen Deutschland-Tickets“ vor-
3 ranbringen. Damit wollen wir den Öffentlichen Personenverkehr (ÖPV) des 21. Jahrhun-
4 derts schaffen und Anreize zur Nutzung deutlich erhöhen. Das beginnt mit einem vereinfach-
5 ten und digitalisierten Tarifsystem mit günstigen Preisen. Dazu werden alle öffentlichen
6 und öffentlich geförderten ÖPV-Anbieter verpflichtet, in ihren Fahrzeugen digitale und kon-
7 taktlose Ticketsysteme zu installieren. Fahrten sollen nutzungsabhängig mit dem Handy
8 oder kontaktlosen Bezahlkarten abgerechnet werden können. Ziel ist es, den Tarifschun-
9 gel zu überwinden und damit die Hürden für ein Umsteigen vom Auto auf den ÖPV zu redu-
10 zieren. Gleichzeitig soll der gezielte Einsatz digitaler Informations- und Steuerungstechno-
11 logien ein bedarfsgerechteres und komfortableres ÖPV-Angebot ermöglichen, etwa durch
12 die Einführung von On-Demand-Systemen.
- 13 • Digitalisierung wird helfen, die Zahl der notwendigen Fahrten in unseren Städten zu redu-
14 zieren. Statt Präsenz-Meetings werden verstärkt Online-Meetings erfolgen, statt Arbeit am
15 dienstlichen Schreibtisch die mobile Arbeit. Die Technologiezentren in NRW sollten sich un-
16 tereinander vernetzen und Work-Space für moderne Meetings oder mobile Arbeit anbie-
17 ten. Das Arbeitszeitgesetz ist so zu reformieren, dass flexibleres Arbeiten auch ermöglicht,
18 den täglichen Rush-Hour-Zeiten zu entgehen.
- 19 • Wir wollen einen fairen, technologieoffenen Wettbewerb zwischen batteriebetriebener
20 Elektromobilität, Brennstoffzellentechnologie auf Wasserstoffbasis, synthetischen Kraft-
21 stoffen im Verbrennungsmotor und allen anderen denkbaren alternativen Antriebstechno-
22 logien und Energieträgern. Wichtige Voraussetzung dafür ist der zügige Ausbau der Lade-
23 infrastruktur – vor allem Ladestationen für E-Autos und Wasserstofftankstellen. Wasser-
24 stoff dürfte für Busse, Müll- und Nutzfahrzeuge, ggf. auch für Eisenbahnzwecke, in jedem
25 Fall auch als Beitrag zur Sektorenkopplung eine wesentliche Rolle spielen. Der Ausbau von
26 Netzen und Speichern für erneuerbare Energien soll mit der zunehmenden Verbreitung von
27 (auch teilweise) elektrisch angetriebenen Fahrzeugen kombiniert werden – durch die För-
28 derung individueller Ladestationen. Es existieren bereits einzelne Förderprogramme, mit
29 „progres.nrw“ geht Nordrhein-Westfalen mit gutem Beispiel voran. Wir fordern den Bund
30 auf, ein Programm zur Förderung von Ladeinfrastruktur an Häusern, auf Parkplätzen oder in
31 Garagen aufzulegen. Dadurch würde auch die Nutzung von Fahrzeugen als Stromspeicher in
32 einem Smart Grid verstärkt. Hier können reine Elektrofahrzeuge genauso einen Beitrag lei-
33 sten wie Hybrid-Fahrzeuge sowohl mit zusätzlichen Motoren für Benzin, Diesel oder synthe-
34 tische Kraftstoffe als auch mit alternativen Antriebstechnologien.
- 35 • Der Fahrradverkehr erhält nicht zuletzt durch die Einführung der Elektromobilität im Zwei-
36 radbereich eine neue Relevanz auch im Bereich der Pendlerverkehre. Wir wollen die Anrei-
37 ze zur Nutzung dieses umweltfreundlichen Verkehrsmittels weiter ausbauen. Lokale und
38 überregionale Infrastrukturen, Radwegeverbindungen, Beschilderungen, Ladestationen und
39 sichere Abstellmöglichkeiten gehören zu einem funktionierenden Gesamtsystem für eine
40 Unterstützung des Trends zur verstärkten Nutzung des Fahrrads. Die Freien Demokraten
41 setzen auf einen Ausbau dieser fahrradbezogenen Infrastrukturen, um eine echte Gleichbe-
42 rechtigung bei der Nutzung unterschiedlicher Verkehrsträger zu gewährleisten.
- 43 • Eine Digitalisierung unseres Infrastrukturnetzes sowie darauf abgestimmte Investitionen.
44 Wir schlagen vor, dass Bundestag und Bundesrat ein „Digitale-Verkehrswege-Gesetz“ ver-
45 abschieden. Dieses Gesetz muss weit über das „DigiNetz-Gesetz“ hinausgehen, sämtliche
46 infrastruktur-relevanten Normen erfassen und diese fit für die digitale Zukunft machen.
47 Denn es muss sichergestellt werden, dass bei jeder Straßensanierung, jeder ertüchtigten
48 Brücke, jedem neuen Schienenkilometer oder jeder reparierten Schleuse das riesige Potenzi-
49 al des vernetzten Verkehrs bereits mitgedacht wird. So könnten etwa im Rahmen von
50 Straßen- und Schienenbaumaßnahmen oder bei der Aufstellung von Schildern und Signalen
51 bis zur Ertüchtigung von Straßenlaternen grundsätzlich 5G-fähige Mobilfunkstationen mit-
52 installiert werden. Allein im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans werden bis 2030 rund
53 265 Milliarden Euro in die Infrastruktur investiert. Wir müssen dafür sorgen, dass kein Euro
54 davon „analog“ ausgegeben wird. Denn digitale Infrastrukturen sind umweltfreundlichere
55 Infrastrukturen.

- 1 • Die Attraktivität der Bahn auch im Vergleich zum Flugzeug muss besser werden – durch
2 mehr Verlässlichkeit, kürzere Reisezeiten und eine entsprechende Preisstruktur. Ein An-
3 satzpunkt dafür ist der Ausbau von Schnellfahr-Strecken. Hier müssen Planungszeiten deut-
4 lich verkürzt und Investitionen erhöht werden. Unter anderem sollte die Dividende der
5 Deutschen Bahn AG auch zukünftig weiterhin nicht mehr an den Bund ausgeschüttet, son-
6 dern gezielt für Investitionen in die Infrastruktur genutzt werden. Auch europaweit müssen
7 Bahnverbindungen grenzüberschreitend weiter ausgebaut werden. So wächst Europa auch
8 hier weiter zusammen. Auf der Straße gehört der Schlagbaum an der innereuropäischen
9 Grenze längst der Vergangenheit an, auf der Schiene müssen aber noch viele Prellböcke ab-
10 gebaut werden, damit die Bahn auch über die Grenzen mehrere Länder in Europa hinweg
11 eine echte Alternative ist.

12
13 **Gebäude**

14
15 Klimafreundliches Wohnen bedeutet: Modernisieren, Digitalisieren, Sanieren, Bauen. Auf die-
16 sem Weg lassen sich energiebedingte Emissionen privater Haushalte, die aktuell mit rund 12
17 Prozent Anteil zum deutschlandweiten CO₂-Ausstoß beitragen, drastisch verringern. Nicht Ver-
18 bote und Bevormundung oder Verzicht auf Komfort und warme Wohnungen bringen uns voran.
19 Vielmehr müssen die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützt werden, umweltfreundliche
20 Wohnlösungen umzusetzen und dabei auch Kosteneinsparungen trotz einer Einbeziehung des
21 Wohnsektors in den Zertifikatehandel zu realisieren. Zudem sollten Möglichkeiten, die nach wie
22 vor benötigte Energie vor Ort aus erneuerbaren Quelle zu gewinnen, auch in Zusammenarbeit
23 mit der Wohnungswirtschaft gestärkt werden.

24
25 Deswegen setzen wir uns dafür ein:

- 26 • Die flächendeckende Nutzung von Smart-Home-Lösungen zu fördern. Sie könnten den
27 Energieverbrauch im Wohnbereich deutlich senken. Riesige Ineffizienzen können durch
28 kleinste Maßnahmen beseitigt werden, ohne Verzicht zu predigen. Beispiele sind Smarte
29 Thermostate oder sprach- und ferngesteuerte Steckdosen. Durch einen schnellen „Ausstat-
30 tungs-Sprung“ kann innerhalb von wenigen Monaten ein spürbarer Beitrag zum Abbau von
31 Emissionen geleistet werden. Zwar ist eine Förderung etwa im Rahmen des
32 KfW-Programms „Altersgerechtes Wohnen“ bereits möglich, für einen Ausstattungssprung
33 in der Smart-Home-Verbreitung in unseren Wohnungen und Häusern schlagen wir jedoch
34 ein unbürokratisches gezieltes Förderprogramm vor, das einen hohen Nutzungsanreiz für
35 Mieter und Eigentümer gleichermaßen schafft. Eine Steuergutschrift für selbst bewohntes
36 oder vermietetes Eigentum in kleiner dreistelliger Höhe oder entsprechende Fördergut-
37 scheine für Mieter könnten eine enorme Hebelwirkung beim Umweltschutz entfalten und
38 gleichzeitig den Menschen bei der Einsparung von Energiekosten helfen. Smart Home be-
39 dingt aber auch klare Richtlinien zu Art und Umfang der einheitlichen Standards, dem Ei-
40 gentümer und der Nutzung der Daten. Was wir beim Thema des autonomen Fahrens wie
41 selbstverständlich diskutieren, muss auch für die Daten im Bereich Smart Home gelten. Hier
42 erwarten wir klare Regeln, die den Nutzer nicht „gläsern“ werden lassen.
- 43 • Die Muster-Bauordnung weiterzuentwickeln. Denn sanierte und neue Wohnungen sind
44 umweltfreundliche Wohnungen. Deshalb schlagen die Freien Demokraten vor, die Muster-
45 Bauordnung zur Muster-Ordnung „Nachhaltiges Wohnen“ weiterzuentwickeln. Wenn aus
46 ideologischen Gründen Sanierungen und Neubau verhindert werden, werden die Schaffung
47 neuen Wohnraums ausgebremst und damit Mietsteigerungen befeuert. So bleibt auch der
48 Umweltschutz auf der Strecke. Die Muster-Ordnung der Zukunft soll nicht nur das Baurecht
49 umfassen, sondern auch weitere relevante Normen der Bundesländer für ein positives Kli-
50 ma für Sanierungen und Neubau. Dazu gehören Landesentwicklungspläne, Gesetze und
51 Verordnungen zur öffentlichen Wohnraumförderung oder Verordnungen aus dem Bereich
52 des Wohnungsrechts. Die Muster-Ordnung kann Best-Practice-Beispiele sowie Handlungs-
53 empfehlungen für die Länder aufzeigen. Nordrhein-Westfalen kann hier etwa mit dem Bau-
54 rechtsmodernisierungsgesetz oder dem modernisierten Landesentwicklungsplan Vorbild
55 sein. Auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse erstellt, kann eine Muster-Ordnung au-

1 ßerdem die tatsächlichen Auswirkungen der häufig ideologisierten Wohn- und Baupolitik
2 messbar machen.

- 3 • Die Wohnungswirtschaft als Anbieter von erneuerbaren Energien einzubeziehen. Dazu
4 muss es der Wohnungswirtschaft ermöglicht werden, ohne steuerliche Nachteile umwelt-
5 freundliche Energie zu erzeugen und anzubieten. Hierfür ist das Gewerbesteuergesetz an-
6 zupassen.
- 7 • Die Eigentumsquote zu erhöhen. Der größte Anreiz zur Investition in modernen und um-
8 weltfreundlichen Wohnraum ist noch immer die Investition in die eigenen vier Wände. Stu-
9 dien zeigen, dass die Bereitschaft zur Investition in Energieeffizienz in Mietwohnungen ge-
10 ringer ist als in selbstbewohntes Eigentum. Die Wohneigentumsquote ist mit rund 45 Pro-
11 zent in Deutschland jedoch weiterhin zu gering. Deshalb ist es grundsätzlich weiterhin Ziel
12 der Freien Demokraten, insbesondere Familien beim Erwerb von selbstgenutztem Wohnei-
13 gentum zu entlasten – durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer.
- 14 • Ganzheitliche Ansätze wie Smart-City-Konzepte auch für NRW zu prüfen und voranzubrin-
15 gen. Denn die digitalisierte und vernetzte Stadt hat ein großes Potenzial für eine deutlich
16 verbesserte Energieeffizienz.
- 17 • Neubau und Modernisierung voranzubringen. Bei Neubauten wird schon ein hoher Ener-
18 gieeffizienzgrad erreicht – eine neu gebaute Wohnung ist damit auch ein Beitrag zum Kli-
19 maschutz. Effizienzsteigerungen sind hier nur noch mit verhältnismäßig großem Aufwand
20 zu erreichen. Anders ist dies im Gebäudebestand – hier bieten Modernisierungen ein gro-
21 ßes Potenzial. Grundsätzlich gilt: Bauen darf nicht teurer werden, sondern muss im Gegen-
22 teil endlich günstiger werden. Als Maßnahmen dafür sind Änderungen der Bebauungspläne
23 und Wege, um diese schneller ändern zu können, veränderte Vorgaben im Rahmen von
24 Stellplatzsatzungen sowie weitere Maßnahmen anzugehen.
- 25 • Klimaauswirkungen umfassend zu erfassen. Für die Bewertung der Klimaauswirkungen
26 sollte zukünftig die Menge an Treibhausgasen, die ein Gebäude vom Bau über den Betrieb
27 bis zum Abbruch ausstößt, ganzheitlich erfasst und zum ergänzenden Maßstabe neben der
28 Energieeffizienz gemacht werden. Dieser Systemwechsel ist eine Voraussetzung, um Klima-
29 schutz wirtschaftlicher zu gestalten und damit Innovationsanreize zu schaffen.

31 **Landwirtschaft**

32
33 Auch die Landwirtschaft muss durch eine Einbeziehung in den Zertifikatehandel einen Beitrag
34 zur Senkung von Treibhausgasemissionen leisten. Hier sind besondere Sensibilität und ein inter-
35 national abgestimmtes Vorgehen gefordert, um die heimische Landwirtschaft nicht unfairen
36 Wettbewerbsbedingungen auszusetzen oder die Nachfrage nach importierten Nahrungsmitteln
37 zu erhöhen. Denn die Bürgerinnen und Bürger setzen – zu Recht – zunehmend auf heimische
38 Produkte.

39
40 Wir fordern deswegen:

- 41 • Keine Politik gegen Landwirtinnen und Landwirte – sondern diese durch guten und moder-
42 ne Rahmenbedingungen dabei unterstützen, qualitativ hochwertige Landwirtschaft mit ef-
43 fektivem Klimaschutz und einem konsequenten Schutz der Biodiversität zu vereinbaren.
- 44 • Die Digitalisierung in der Landwirtschaft stärker zu unterstützen und deren Potenziale zu
45 nutzen. Denn die Digitalisierung bietet etwa bei der optimierten Fütterung von Tieren oder
46 der exakten Berechnung und Ausbringung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln viele
47 Möglichkeiten zur Optimierung der Prozessabläufe in der Landwirtschaft, die sowohl aus
48 ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht sinnvoll sind. Der durch die NRW-Koalition
49 geförderte wissenschaftliche Strukturausbau im Bereich Precision Farming sollte deswegen
50 weiter vorangebracht werden.
- 51 • Innovationen ermöglichen und vorantreiben. Die Wertschöpfungskette der Ernährung vom
52 Feld oder Stall bis zum Teller wird in den nächsten Jahren Gegenstand wesentlicher Innova-
53 tionen sein. Wir wollen, dass diese Innovationen auch und vor allem in Nordrhein-
54 Westfalen stattfinden. Dazu gehören auch Forschungen an In-Vitro-Fleisch, das im Labor
55 hergestellt werden kann und weltweit das Potenzial zu erheblichen Umwälzungen der ge-

1 samten Landwirtschaft hat – und bei Erfolg einen großen Beitrag zur klimaneutralen
2 Fleischproduktion leisten wird.

4 **Abfallwirtschaft**

6 Mit Blick auf den Schutz von Umwelt und Klima sowie einen reduzierten Ressourceneinsatz ist
7 die Kreislaufwirtschaft als regeneratives System ein zentrales Instrument, auf das wir Freie De-
8 mokraten setzen. Ziel bleibt die Verringerung von CO₂-Emissionen sowie deren technische oder
9 organische Speicherung oder Weiternutzung durch technologischen Fortschritt. Deswegen wol-
10 len wir einen rechtlichen Rahmen schaffen, der Anreize für die Bindung von CO₂ in Kreisläufen
11 schafft – ohne zusätzliche, dem marktwirtschaftlichen Ansatz des Emissionshandels zuwieder-
12 laufende nationale Vorgaben zu definieren.

14 Ziel eines solchen Gesetzes ist es, CO₂ in Kreisläufe zu binden, sodass es erst gar nicht in die
15 Atmosphäre entweicht. Wenn also die Entstehung von Treibhausgasen nicht gänzlich verhindert
16 werden kann, soll die Weiternutzung als Rohstoff Priorität haben. Daneben ist eine technische
17 oder organische Speicherung eine weitere Alternative. Auch hierfür sollen entsprechende An-
18 reize im Kontext des Emissionshandels geschaffen werden: Wer künftig dafür sorgt, dass CO₂
19 nicht entweicht, sondern in irgendeiner Form gebunden wird, soll dafür Emissionszertifikate
20 erhalten, die anschließend frei am Markt handelbar sind.

21 Daneben ist es für uns Freie Demokraten ein Anliegen, die Entstehung von Abfall weiter zu re-
22 duzieren und natürliche Ressourcen soweit möglich zu schonen. Denn täglich produziert die
23 Weltbevölkerung mehrere Millionen Tonnen Abfall – Tendenz deutlich steigend. Und größere
24 Mengen davon landen in den Ozeanen. Auch das ist daher ein globales Umweltproblem, das wir
25 international abgestimmt angehen müssen. Es ist wie beim Klimaschutz: Deutschland hat als
26 Vorreiter eine wichtige Funktion gegenüber anderen Ländern, kann aber durch innovative
27 Technologien in diesen Märkten besondere Chancen nutzen. Ebenso lassen sich der Material-
28 verbrauch beispielsweise bei Papier und die mit der Produktion verbundenen Belastungen im
29 Zeitalter der Digitalisierung deutlich reduzieren.

31 Wir setzen uns deswegen dafür ein:

- 32 • Die Digitalisierung der Verwaltung weiter voranzutreiben. Denn neben Effizienz- und Zeit-
33 gewinnen ist die papierlose Verwaltung auch ein Weg zur Ressourcenschonung.
- 34 • Kreislaufwirtschaftssysteme jeweils vor Ort zu stärken, damit Müll weniger zur Entsorgung
35 ins Ausland verbracht wird – sowohl europaweit als auch in Ländern außerhalb der EU, bei-
36 spielsweise im Rahmen des Technologietransfers und der Entwicklungszusammenarbeit.
37 Denn neben der Vermeidung von Abfall, transportbedingten Emissionen bei einem Export
38 von Abfall in andere Länder und den mit der Entsorgung verbundenen Emissionen können
39 so Rohstoffe für die Produktion wiedergewonnen werden, die dann nicht gegebenenfalls
40 mit größerer Emissionsbelastung abgebaut oder hergestellt werden müssen.
- 41 • Initiativen und freiwillige Selbstverpflichtungen des Handels zur Vermeidung von Abfällen
42 zu unterstützen. Verschiedene Projekte unterschiedlicher Händler und Produzenten zielen
43 bereits auf eine Reduktion von Verpackungsmaterial oder den Ersatz beispielsweise von
44 Plastik überall dort, wo der Einsatz von Ersatzprodukten ökologisch sinnvoll ist.
- 45 • Innovative Projekte zur Abfallvermeidung und -aufarbeitung, wie beispielsweise Repair und
46 ReUse Initiativen oder Technologien wie „Cradle to Cradle“, gleichbedeutend mit komplett
47 recyclebaren Produkten, können einen erheblichen Beitrag leisten und werden ausdrück-
48 lich unterstützt. Bei Recyclingvorschriften muss außerdem beachtet werden, dass Ausnah-
49 metatbestände und Umgehungsmöglichkeiten weitestgehend ausgeschlossen werden, da-
50 mit diese Vorschriften nicht wirkungslos bleiben – dies gilt auch für die Umgehung von Vor-
51 schriften über Müllexporte.
- 52 • Ein internationales Lösungsprojekt für die Vermüllung der Meere zu initiieren. Dabei sollen
53 einerseits die technologischen Möglichkeiten zur Sammlung, Entnahme und Vernichtung
54 des Mülls in den Ozeanen in den Blick genommen werden. Andererseits muss die weitere
55 Vermüllung der Meere durch die Hausmüllentsorgung in anderen Teilen der Welt mit dem

72. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 06./07. April 2019 in Duisburg

1 Ziel der Schaffung internationaler Regeln angegangen werden. Als Mitglied im UN-
2 Sicherheitsrat hat Deutschland international derzeit eine besondere Verantwortung. Ein
3 solches Projekt würde dies mit der Verantwortung für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen
4 zusammenbringen. Wir fordern außerdem ein selbstverpflichtendes globales Abkommen,
5 dass die Mitgliedstaaten zu nachhaltiger Politik gerade in Bezug auf Plastik verpflichtet.
6 Dieses Abkommen beinhaltet verschiedene Anforderungen und Richtwerte, die die Mit-
7 gliedsstaaten auf lange Zeit betrachtet erfüllen sollen.

- 8 • Wir setzen uns für ein nordrhein-westfälisches Forschungsinstitut zur Erforschung von in-
9 novativen Recyclingverfahren und Systemen der Müllreduzierung ein.

10

11 Den Anspruch, keine unnötigen Abfälle zu produzieren, sparsam mit natürlichen Ressourcen
12 umzugehen und die Chancen der Digitalisierung dafür zu nutzen, stellen wir auch an uns selbst.
13 Konkret bedeutet das für unsere Arbeit:

14

- 15 • Verstärkte Umstellung auf digitale Information zur Minimierung des Materialaufwandes
16 und der mit dem postalischen Versand verbundenen Emissionen.
- 17 • Weiterentwicklung von Veranstaltungsformaten und Gremienarbeit, insbesondere mit Blick
18 auf die Frage einer notwendigen, mit Emissionen verbundenen An- und Abreise.
- 19 • Prüfung der eingesetzten Werbemittel und die Umstellung von Plastik auf andere Materia-
20 lien, sofern das ökologisch sinnvoll und ökonomisch vertretbar ist.